

Pressemitteilung

Verteuerung insbesondere des Sozialtickets inakzeptabel

Preiserhöhungen im VRR treffen vor allem Dauernutzer des ÖPNV und sind unsozial

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) kritisiert die erneuten Preiserhöhungen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR). Am meisten treffen sie die Abonnenten des Bären- und des Sozialtickets „Mein Ticket“, das schon zum 1. Oktober 2017 um 6,3 % auf 37,80 Euro erhöht werden soll.

„Die Preissteigerungen gerade für dieses Ticket ist absolut unsozial und inakzeptabel. Die Nutzerinnen und Nutzer des Sozialtickets müssen bereits ab Oktober 5,85 Euro mehr ausgeben als noch im Januar 2016. Da lag der Preis bei 31,95 Euro“, so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Damit wird die Mobilität der ärmsten Bevölkerungsteile eingeschränkt und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiter erschwert. Die im Hartz IV-Satz vorgesehenen Mobilitätskosten liegen bei gerade mal 25,77 Euro im Monat. Treffen wird die Erhöhung vor allem die drastisch wachsende Zahl von ‚Aufstockern‘, die einer Arbeit nachgehen und ein so geringes Einkommen erzielen, dass sie zusätzlich Hartz IV erhalten. Aus diesem Personenkreis setzt sich ein Großteil der Nutzer/innen des Sozialtickets zusammen und sie sind darauf angewiesen, um zur Arbeit zu kommen.“

Kein Verständnis hat DIE LINKE im RVR dafür, dass der Verwaltungsrat des VRR dieser Erhöhung zugestimmt hat, zumal die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer über die letzten Jahre stetig gestiegen ist. Das Sozialticket wird inzwischen deutlich besser angenommen, als bei Einführung und hat rund 170.000 Nutzer/innen. Allerdings sieht die Fraktion DIE LINKE im RVR auch die Landesregierung in der Verantwortung. Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb ist das Sozialticket mit keinem Wort erwähnt. Auch die Erhöhungen der anderen Tickets sind aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR falsch. Sie liegen mit bis zu 3,7 % fast doppelt so hoch, wie die allgemeine Preissteigerungsrate.

„Eigentlich müsste der Beitrag des Landes für das Sozialticket erhöht werden“, so Wolfgang Freye weiter. „Die Kommunen und die Verkehrsgesellschaften können die Fehlbetragsfinanzierung nicht allein finanzieren und sollten das auch ausdrücklich nicht. Den gesamten Betrag könnten sie gar nicht stemmen, so dass sich uns schon die Frage stellt, wie es nächstes Jahr weiter geht. Davon einmal abgesehen wäre es mal ein wirklich gutes Signal für den VRR gewesen, nicht jährlich an der Preisspirale zu drehen. Es muss doch darum gehen, mehr Nutzer/innen für den ÖPNV zu gewinnen und da sind regelmäßig alles andere als ‚moderat‘ angehobene Preise ein schlechtes Argument.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Evtl. Rückfragen an Wolfgang Freye, Tel. 0163 – 7358030